

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

November 2020

hauptstadt magazin



Die
„Bayerische
Botschaft“
in Berlin



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



© Michael Wittig

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Personalratswahlen sind in vollem Gange. An alle, die noch zur Wahl gehen können, appelliert der dbb berlin erneut, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen. Und um die Qual der Wahl zu erleichtern, stellen wir nochmals die Kandidat(inn)en für den Hauptpersonalrat auf der Liste 2 des dbb berlin vor.

Kandidat(inn)en haben auch die Berliner Parteien benannt, und zwar für die im kommenden Jahr anstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus. Der Spitzenkandidat der Berliner CDU, Kai Wegner, hat als Erster dem hauptstadt magazin gegenüber Rede und Antwort zu wichtigen Fragen des öffentlichen Dienstes gestanden. Die nominierten Spitzenkandidat(inn)en der anderen Parteien werden in den nächsten Ausgaben folgen.

Titelthema der Novemberausgabe ist die Bayerische Landesvertretung in Berlin. Wir setzen damit unsere Berichterstattung über die „Botschaften“ der Bundesländer beim Bund fort, die wir im Juni mit der Vertretung unseres Nachbarlandes Brandenburg begonnen haben.

Mit Intoleranz und Hass beschäftigen sich zwei weitere Beiträge: Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat in seinem Lagebericht „Rechtsextremisten in Sicherheitsbehörden“ erfreulicherweise nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Verfehlungen ausgewiesen, jeder Fall ist aber ein Fall zu viel.

Mit wachsender Intoleranz hat dagegen tagtäglich eine besondere Einrichtung der Berliner Polizei zu tun, nämlich die Ansprechpersonen für Lesben, Schwule, Bisexuelle sowie trans- und intergeschlechtliche Menschen.

Ans Herz legen möchte ich Ihnen schließlich einmal mehr unser allmonatliches Preisausschreiben. Für attraktive Gewinne, die insbesondere Biertrinker erfreuen dürften, hat dieses Mal die Bayerische Landesvertretung gesorgt.

Ihnen und Ihren Angehörigen wünsche ich einen gesunden Herbst!

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Inhalt

Interview CDU-Landeschef Kai Wegner will faire Lösungen	4
Rechtsextremismus Sicherheitsbehörden durchleuchtet	6
Sonderseiten Personalratswahlen So funktionieren „Stufenvertretungen“	7
Am Wahltag verhindert?	8
Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den HPR	9
Landesvertretung Bayern Weiß-blaues Flair mitten in Berlin	12
Hasskriminalität Berliner Polizei mit Ansprechpersonen für LSBTI	14
Unterhaltung Preisrätsel	15
Zum guten Schluss Letzte Meldung: TdL droht mit Rauswurf	16

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520. **Telefax:** 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@

dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:**

Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 17, gültig ab 1.10.2019. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben.

Titelbild: Foyer Landesvertretung Bayern

© Bayerische Staatskanzlei

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die

Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die

Meinung des Herausgebers wieder.

Kai Wegner will weg von politischen Ideologien

Plädoyer für faire Lösungen

In Berlin haben die Parteien ihre Spitzenkandidatinnen und -kandidaten für die im kommenden Jahr anstehenden Abgeordnetenhauswahlen gekürt. Für den dbb berlin Grund genug, schon jetzt die wichtigsten Positionen der kommenden Führungsriege zum öffentlichen Dienst abzufragen. Als Erster hat dem hauptstadt magazin CDU-Spitzenkandidat Kai Wegner Rede und Antwort gestanden – und nicht nur in der Besoldungspolitik eine klare Wende gefordert.

Herr Wegner, Sie sind gerade Spitzenkandidat der CDU Berlin für die Abgeordnetenhauswahl geworden. Wie fühlt sich das an?

Mein Respekt vor dieser Aufgabe ist groß. Noch viel größer jedoch sind mein Tatendrang und meine Motivation. Ich will wirklich etwas verändern für meine Heimatstadt. Denn Berlin ist eine großartige Stadt, wird aber weit unter Wert regiert. Deshalb werde ich zukünftig meine ganze Kraft für Berlin einsetzen. Mein Ziel ist ein echter Politikwechsel. Weg von Ideologie und Spaltung, hin zu gesundem Menschenverstand und fairen Lösungen für alle Berlinerinnen und Berliner.

Um die Wettbewerbsfähigkeit des Landes Berlin bei der Personalgewinnung zu erhöhen, ist eine Angleichung der Besoldung überfällig. Würden Sie eine Anpassung der Bezüge im Land Berlin an die Besoldung des Bundes oder die durchschnittlich in den Bundesländern gezahlten Bezüge verwirklichen?

Eine konkurrenzfähige Besoldung ist ein zentraler Baustein für einen attraktiven öffentlichen Dienst und damit für die Funktionsfähigkeit der Stadt. In Berlin befinden sich besonders viele Bundesbehörden. Das macht den Wettbewerb um das beste Nachwuchspersonal besonders anspruchsvoll.

An Bundesbezahlung orientieren!

Die Antwort auf die starke Konkurrenz des Bundes kann nur lauten, sich bei der Bezahlung klar am Bund zu orientieren. Das ist übrigens zugleich eine Frage der Gerechtigkeit. Die Beamtinnen und Beamten des Landes Berlin leisten einen genauso anspruchsvollen, wertvollen und hingebungsvollen Dienst wie ihre Kollegen im Bund. Wer gut arbeitet, soll dafür auch gleich gut bezahlt werden. Gerade auch zur Nachwuchsgewinnung müssen wir die Schere bei der Beamtenbesoldung zum Bund schließen.

Welche Konsequenzen sollte das Land Berlin außerdem für alle seine Beamtinnen und Beamten aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur verfassungswidrigen Besoldung der Berliner Richterinnen und Richter für die vergangenen Jahren ziehen?



© Yves Sucksdorff

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes ist eindeutig: Das Land Berlin hat viele seiner Richter und Staatsanwälte in den R-Besoldungsgruppen zu gering bezahlt. Ich begrüße, dass Karlsruhe die rückwirkende Nachzahlung von Geld für diejenigen Richter und Staatsanwälte einfordert, die Widerspruch eingelegt oder geklagt haben. Im Sinne der Gleichbehandlung sollte das Land Berlin jetzt auch die anderen Richter und Staatsanwälte nicht im Regen stehen lassen. Ein verwandtes Thema ist die Entscheidung der Bundesverfassungsrichter bezüglich der A-Besoldungsgruppen. Hier steht das Urteil zwar noch aus. Es spricht aber vieles dafür, dass auch hier der Mindestanspruch an eine amtsangemessene Alimentation nicht eingehalten wurde. Deshalb sollte das Land Berlin schon jetzt Vorbereitungen treffen, um auch hier entsprechend reagieren zu können.

Wie wollen Sie – über die Bezahlung hinaus – die Attraktivität des öffentlichen Dienstes steigern, um ausreichend engagierten und qualifizierten Nachwuchs für den öffentlichen Dienst des Landes Berlin zu gewinnen?

Mein Ziel ist es, den öffentlichen Dienst zu einem der attraktivsten Arbeitgeber in Berlin zu machen. Da ist eine anständige Bezahlung eine notwendige, aber noch lange keine hinreichende Bedingung.

Bestmögliche Rahmenbedingungen schaffen

Damit die Mitarbeiter immer ihre beste Leistung bringen können, brauchen sie auch die bestmöglichen Rahmenbedingungen. Die Mitarbeiter sind motiviert und engagiert, aber in der Aufbau- und Ablauforganisation der Verwaltung ist häufig noch viel Luft nach oben. Wir müssen die Möglichkeiten der Weiterbildung und Qualifikation deutlich verbessern, damit jeder Mitarbeiter sein Potenzial voll ausschöpfen kann und nicht unter seinen Möglichkeiten bleibt. Auch das Dienst- und Laufbahnrecht sollten wir uns in diesem Zusammenhang anschauen und Wege der Optimierung beschreiten. Am Ende muss in der Verwaltung ein Klima der Wertschätzung und Verantwortung stehen.

Teilen Sie – auch im Hinblick auf die desaströse personelle Situation an den Berliner Schulen – die Forderung des dbb beamtenbund und tarifunion berlin nach umgehender Wiederverbeamtung der Berliner Lehrerinnen und Lehrer?

Uneingeschränkt. Schon seit vielen Jahren setzt sich die Berliner CDU vehement für die Lehrerverbeamtung in Berlin ein. Leider hat die Berliner SPD diesen Schritt immer wieder blockiert. Auch Rot-Rot-Grün kommt hier keinen Schritt weiter. Dabei ist die Sache doch klar: Wenn alle anderen Bundesländer ihre Lehrer verbeamtet, kann Berlin nicht länger aus der Reihe tanzen.

Lehrerverbeamtung überfällig

Zum Ende des laufenden Schuljahres haben wieder rund 450 Lehrkräfte gekündigt, um in andere Bundesländer zu wechseln. Diesen Aderlass verkraftet das Berliner Bildungssystem nicht mehr lange. Seiten- und Quereinsteiger sind eine wertvolle Ergänzung. Aber wenn unsere Kinder bald von mehr Seiten- oder Quereinsteigern unterrichtet werden als von ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern, sind das unhaltbare Zustände. Höchste Zeit also, den Lehrerberuf in Berlin wieder attraktiver zu machen. Da ist die Verbeamtung ein zentraler Baustein.

Wie schätzen Sie die Auswirkungen des Landesantidiskriminierungsgesetzes auf die Beschäftigten des Landes Berlin ein?

Das sogenannte Landesantidiskriminierungsgesetz ist in Wirklichkeit ein Anti-Polizei- und Anti-öffentlicher-Dienst-Gesetz. Das LADG ist eine einzige Misstrauenserklärung gegenüber den Landesbediensteten, es stellt sie unter Generalverdacht. Fortan muss jeder Beschäftigte, dem Diskriminierung vorgeworfen wird, seine Unschuld nachweisen. Diese Beweislastumkehr bedeutet einen enormen Dokumentations- und Rechtfertigungsaufwand und trägt Unsicherheit in den öffentlichen Dienst.

LADG schürt gesellschaftlichen Unfrieden

Mit dem LADG schürt Rot-Rot-Grün gesellschaftlichen Unfrieden. Auch das Spitzelsystem des Justizsenators in den Justizvollzugsanstalten geht in diese unselige Richtung. Die öffentlich Beschäftigten verdienen endlich wieder volle Rückendeckung durch die politische Führung, sie verdienen Vertrauen und Respekt. Deshalb werden wir als Berliner CDU das LADG abschaffen, sobald wir die Möglichkeit dazu haben. Und auch Bespitzelungen der Mitarbeiter sind mit uns nicht zu machen.

Sehen Sie in der technischen (insbesondere informationstechnischen) Ausstattung des öffentlichen Dienstes in Berlin und der Realisierung der E-Akte im Land Berlin einen weiteren dringenden Handlungsschwerpunkt?

Digitalisierung ist ein Megathema. Hier liegen enorme Chancen, gerade hier hat Berlin aber auch einen enormen Modernisierungsstau. Das Thema E-Akte ist dafür ein schlagendes Beispiel. Es ist ein Trauerspiel, dass das Land Berlin auf absehbare Zeit nicht in der Lage ist, den Aktenwagen in den Ruhestand zu verabschieden. Ganz allgemein gilt: Wir müssen verkrustete und überkommene Strukturen aufbrechen und endlich die neuen technischen Möglichkeiten voll nutzen. Die digitale Infrastruktur des Landes Berlin auf einen zeitgemäßen Stand zu bringen, ist ein Milliardenprojekt. Gefragt sind Mut und Entschlusskraft. Hier müssen wir groß denken und richtig viel Geld in die Hand nehmen. Jeder Euro für die Ausstattung des öffentlichen Dienstes ist gut investiert, denn das trägt dazu bei, dass die Beschäftigten ihre verantwortungsvolle Tätigkeit bestmöglich zum Wohle aller Berlinerinnen und Berliner ausüben können. ■

„Corona-Prämien“ schränken Leistungsprämien nicht ein

„Corona-Prämien“ werden nach Angaben der Senatsverwaltung für Finanzen nicht aus den Mitteln der üblichen Jahresprämien finanziert. Sie schlagen vielmehr in den jeweiligen Personal-Ausgabentiteln der Verwaltungen zu Buche und sollen durch Umschichtungen im Haushalt an zentraler Stelle im Rahmen des 2. Nachtragshaushalts 2020 gedeckt werden.

Um Corona-Prämie und „normale“ Leistungsprämie in angemessenem Umfang zu ermöglichen, wird die Obergrenze derjenigen, die eine Prämie erhalten können, temporär von 10 Prozent auf 40 Prozent der Beschäftigten angehoben. ■

Rechtsextremismus

Sicherheitsbehörden durchleuchtet

Eine geringe Zahl rechtsextremistischer Verfehlungen in Relation zur Gesamtzahl der Beschäftigten bei den Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern weist der jetzt vom Bundesamt für Verfassungsschutz veröffentlichte Lagebericht „Rechtsextremisten in Sicherheitsbehörden“ aus. Wachsamkeit ist trotzdem geboten, weil von einem Dunkelfeld ausgegangen werden muss, dessen fortlaufende und konsequente Aufhellung eine her- ausgehobene Aufgabe für die Sicherheitsbehörden bleibt.

Im Untersuchungszeitraum von Jahresbeginn 2017 bis 31. März 2020 leiteten die Sicherheitsbehörden der Länder, die rd. 276.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beschäftigten, Ermittlungen in insgesamt 319 Verdachtsfällen ein. Die Bundessicherheitsbehörden mit ihren insgesamt rund 109.000 Beschäftigten meldeten 58 Verdachtsfälle. Deutlich höher lag die Zahl im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung, der rund 260.000 militärische und zivile Angehörigen umfasst. Hier meldete der Militärische Abschirmdienst 1.064 Verdachtsfälle, die allerdings aufgrund abweichender Definitionen nicht direkt vergleichbar sind.

Erfreulich ist, dass auf der Grundlage der den Verfassungsschutzbehörden vorliegenden Erkenntnisse lediglich 34 der Verdachtsfälle nach weiterführenden Untersuchungen als Rechtsextremisten erkannt wurden, und zwar 22 in Polizeibehörden, elf weitere in der Bundeswehr und einer im Bereich der Zollbehörden.

Kaum Kontakte zu rechtsextremistischen Gruppen

Die häufigsten Verdachtsfälle standen, wie aus den Ländern bekannt wurde, im Zusammenhang mit sogenannten sonstigen rechtsextremistischen Handlungen, insbesondere dem Austausch von Chatnachrichten mit verfassungsfeindlichen Symbolen oder Äußerungen mit verfassungsfeindlichem Inhalt. Nur in einer deutlichen Minderzahl von weniger als ein Prozent musste dem Vorwurf des Kontakts oder der Mitgliedschaft in rechtsextremistischen Organisationen nachgegangen werden. In noch weniger Fällen lag den Verfahren der Vorwurf der Teilnahme an rechtsextremistischen Veranstaltungen zugrunde (0,3 Prozent).

Kein strukturelles Problem!

„Die ganz überwiegende Mehrheit der Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden steht fest auf dem Boden des Grundgesetzes. Es gibt kein strukturelles Problem“, wertete Bundesinnenminister Horst Seehofer das Resultat des Lageberichts. Jeder bewiesene Fall sei aber ein Fall zu viel, der alle Beschäftigten der Sicherheitsbehörden in Mitleidenschaft zieht. In

der Bundesregierung sei man sich einig, dass jeder Einzelfall konsequent aufklärt und rigoros verfolgt werden müsse. Es gelte der Grundsatz: null Toleranz bei extremistischen Aktivitäten.

Vertiefende Analysen

So sei jetzt das Bundesamt für Verfassungsschutz beauftragt worden, die im Lagebericht ausgewiesenen Fakten breit zu analysieren, Hintergründe und Motivlagen zu erhellen, die Meldewege zu untersuchen und erforderliche Rechtsänderungen aufzuzeigen.

Diese Analyse soll in eine fortgeschriebene Fassung des Berichts aufgenommen werden. Der Lagebericht soll zudem in einem nächsten Schritt auf den gesamten öffentlichen Dienst ausgeweitet werden.

Dem Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus will der Bundesinnenminister außerdem eine umfassende Untersuchung zu Erscheinungsformen von Rassismus in allen Bereichen der Gesellschaft vorschlagen.

Schließlich wird das Bundesinnenministerium eine Studie zu Motivationslagen von Polizeianwärtern und Bewerbern für den Polizeiberuf beauftragen, die auch den Polizeialltag und die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte berücksichtigt.



So funktionieren „Stufenvertretungen“

In den Berliner Dienststellen finden bis zum 5. Dezember die alle vier Jahre fälligen, regelmäßigen Personalratswahlen statt. Alle wahlberechtigten Beschäftigten im Landesdienst – Beamte wie Tarifbeschäftigte – sind aufgerufen, zumindest für die Wahl des örtlichen Personalrats (ÖPR) und des Hauptpersonalrats (HPR) ihre Stimme abzugeben. Wenn es einen Gesamtpersonalrat (GPR) gibt, wie im Bereich der Polizei, der Schulen, der Finanzämter und der Justiz wird auch dieser neu gewählt. Warum aber gibt es diese drei Stufen überhaupt und wie funktioniert das Zusammenspiel der „Stufenvertretungen“ im Rahmen des Personalvertretungsgesetzes?

Auch wenn der Begriff „Stufen“ anderes suggerieren mag, es gibt keine Hierarchie. Jede Vertretung hat vielmehr ihre eigenen Zuständigkeiten und (meistens) einen eigenen dienstlichen Ansprechpartner. Umso wichtiger ist eine Verbindung zwischen den Stufenvertretungen für eine schlagkräftige Personalratsarbeit aus einem Guss. Dafür sorgen die Fachgewerkschaften im dbb berlin, die auf örtlicher und auf GPR-Ebene jeweils mit eigener Liste zu den Wahlen antreten, auf HPR-Ebene demgegenüber eine gemeinsame Liste des dbb berlin bilden, in der alle Verwaltungsbereiche gleichmäßig vertreten sind.

Wichtiger Informationsaustausch

Für eine enge Verknüpfung der Personalratsmitglieder der Fachgewerkschaften in allen drei Bereichen ist also gesorgt, denn nur so kann der immens wichtige Informationsaustausch sichergestellt werden. Und nur so können die jeweils zuständigen Gremien im konstruktiven Zusammenspiel die Interessen der Beschäftigten optimal vertreten.

Zur optimalen Vertretung gehört natürlich auch das notwendige theoretische Fachwissen. Die Fachgewerkschaften, die dbb akademie, der dbb berlin und der dbb Betreuungsverein bieten dafür Fortbildungen und Qualifizierungen in Form von Seminaren und Personalrätekonzferenzen an. Die dbb Personalratsmitglieder sind also immer mit dem aktuellen Know-how ausgestattet.

Und sie verstehen es, über den „Tellerrand“ zu blicken. Denn viele Entscheidungen in den örtlichen Dienststellen haben ihren Ursprung in übergeordneten Maßgaben oberer Dienststellen oder Senatsverwaltungen. Speziell von der Senatsverwaltung für Finanzen gehen oft Regelungen aus, die alle Dienststellen betreffen, weil sie nicht nur für Bestimmungen in allen Finanzämtern, sondern auch für Grundsatzangelegenheiten aller Beschäftigten in der Berliner Verwaltungen zuständig ist. Zusätzlich sind, beispielsweise im Strafvollzug, Vorgaben

der Senatsverwaltung für Justiz zu beachten. Auf diese übergeordneten Vorgaben frühzeitig einzuwirken, ist Sache des Hauptpersonalrats.

Die Besonderheit des örtlichen Personalrats ist es hingegen, mit Fingerspitzengefühl insbesondere die Strukturen der jeweiligen Dienststelle im Auge zu haben und ihre Auswirkungen auf die einzelnen Beschäftigten abzuwägen.

Um die Abgrenzung der Zuständigkeiten noch deutlicher zu machen, gibt die Tabelle auf der folgenden Seite einen Einblick in die unterschiedlichen Aufgaben der örtlichen Personalräte sowie der Gesamt- und Hauptpersonalräte anhand von praktischen Beispielen aus einzelnen Verwaltungsbereichen.

Martina Riedel und Thomas Goiny



+++ Sonderseiten zur Personalratswahl +++

HPR	GPR	ÖPR
Angliederung an die Senatsverwaltung für Finanzen als für alle Beamten und Tarifbeschäftigten im Land zuständige Behörde	Jeweilige Angliederung an die Geschäftsbereiche*	Angliederung an die jeweiligen örtlichen Dienststellen
Mindestens zwei eigenständige Verwaltungsbereiche sind betroffen (ausreichend, wenn Regelung z. B. SenJustVA und SenFin)	Mindestens jeweils zwei Dienststellen sind beteiligt	Beteiligungsvorgänge der örtlichen Dienststellen
Beispiele:		
Fortbildungsprogramm der VAK	Fortbildungsprogramme der jeweiligen Geschäftsbereiche	Teilnahme an Fortbildungen der örtlichen Dienststellen
Rahmendienstvereinbarungen; z. B. Telearbeit	DV Arbeitszeit, DV IT z. B. SoPart®/Gleitzeitbogen	Dienstpläne
Beurteilungsrichtlinien	Übernahme der Beurteilungsrichtlinien für die Geschäftsbereiche	Beurteilungen der einzelnen Beschäftigten
Rundschreiben Hauptstadtzulage	Rahmenbedingungen neue Software (z. B. Schulungskonzept)	Abordnung, Versetzung, Dienstunfähigkeit
Gesetzliche Regelungen	Umsetzung von gesetzlichen Regelungen zum Beispiel durch Rahmendienstvereinbarungen	Beteiligung bei Dienst- und Hausverfügungen, soweit PersVG es vorschreibt
Zuständigkeit zentrale Dienstkleidungskammer	Finanzielle Ausstattung im Rahmen der Haushaltsplanung	Zurverfügungstellung ausreichender Dienstkleidung an die Beschäftigten

* Gesamtpersonalräte werden gebildet für den Geschäftsbereich der Polizeibehörde, die Gesamtheit der der Senatsverwaltung für Justiz unterstehenden Gerichte und Behörden der Staats- und Anwaltschaft, des Justizvollzugs und der Sozialen Dienste der Justiz, soweit sie nicht nach § 5 Abs. 2 Nr. 4 als Dienststelle gelten, die Finanzämter, jede Universität, die Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR), die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) und die Berliner Wasserbetriebe (BWB), die für das Schulwesen zuständige Senatsverwaltung.

Am Wahltag verhindert?

Bitte Antrag stellen und per Briefwahl wählen!

Auch wenn Sie am Wahltag nicht in Ihrer Dienststelle vor Ort sind, können Sie selbstverständlich Ihre Stimme abgeben. Hierzu müssen Sie lediglich rechtzeitig die Briefwahlunterlagen bei Ihrem örtlichen Wahlvorstand beantragen.

Einen Vordruck zur Beantragung der Briefwahl haben wir auf unserer Homepage für Sie vorbereitet. Sie können diese als PDF-Datei herunterladen:

https://www.dbb.berlin/fileadmin/user_upload/www_dbb_berlin/pdf/wahlen/2020-08-18-Vordruck_Briefwahl.pdf

Achten Sie bitte auf die Veröffentlichung Ihres örtlichen Wahlvorstandes zur Personalratswahl (zum Beispiel am Schwarzen Brett).

Sie haben auf jeden Fall die Möglichkeit, auch noch einen Tag vor dem Wahltermin die Briefwahl durchzuführen.

Nutzen Sie die Möglichkeit dieser Stimmabgabe, denn jede Stimme für den dbb beamtenbund und tarifunion berlin und seine Fachgewerkschaften zählt.

Bei der Wahl zum Hauptpersonalrat in Berlin:

aufkreuzen und ankreuzen!

Liste 2

„Mit uns gegen Gewalt – dbb beamtenbund und tarifunion berlin“ ■

Liste 2 – unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den HPR Fachwissen, Durchsetzungskraft und Erfahrung

Kompetenz, Durchsetzungsstärke und vor allem ein stets offenes Ohr für die Beschäftigten sind Markenzeichen der Personalräte des dbb berlin. Versteht sich, dass auch alle – meist wohlbekanntenen – Kandidatinnen und Kandidaten auf der dbb Liste diese entscheidenden Qualitäten aufweisen bzw. längst überzeugend unter Beweis gestellt haben. Hier zunächst die Erstplatzierten in der Beamten- und in der Angestelltengruppe auf der **Liste 2**:

Frank Becker

Beamte, Listenplatz 1
59 Jahre

- Beamter bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, freigestellter Personalratsvorsitzender,
- seit 2013 Landesvorsitzender des dbb berlin,
- seit 1979 Gewerkschaftsmitglied mit vielen verantwortungsvollen Führungsämtern, auch im Jugend- und Fachgewerkschaftsbereich.

„Ein besonderes Schwerpunktthema ist für einen dbb Landesvorsitzenden, der sich in allen Fragen engagieren muss, nicht leicht zu definieren. Umso wichtiger, dass ich in ‚meiner‘ Landesleitung gute Fachleute habe, die mich tatkräftig und jederzeit unterstützen. Ganz wichtig für die Zukunft ist mir, dass wir endlich nachhaltig etwas auf dem Gebiet ‚Gewalt gegen Beschäftigte‘ unternehmen.“



© Michael Wittig

Ralf Behling

Beamte, Listenplatz 5
48 Jahre

- Anwalt, Heimatgewerkschaft: DAAV,
- Mitglied im Gesamtpersonalrat der Berliner Justiz, Ersatzmitglied im Hauptpersonalrat Berlin,
- stellvertretender Landesvorsitzender des BDR.

„Alle, die bis vor Kurzem noch geglaubt haben, Pandemiepläne sind unwichtig, sind eines Besseren belehrt worden. Wichtig ist aber deren Weiterentwicklung. Die Ausstattung mit Laptops für mobiles Arbeiten ist kein Luxus, sondern hält im Pandemiefall Dienststellen arbeitsfähig. Leider ist das noch kein Standard in Berlin. Neben Nachwuchs und Besoldung möchte ich mich hier besonders einsetzen.“



© Friedhelm Windmüller

Rolf Herrmann

Beamte, Listenplatz 2
55 Jahre

- Steueramtsrat,
- seit 1993 Mitglied des Personalrats beim Finanzamt Lichtenberg, davon zwölf Jahre als Vorsitzender, ständiges Mitglied im Gesamtpersonalrat der Finanzämter,
- stellvertretender Vorsitzender der DSTG Berlin.

„Die wichtigste Aufgabe in den kommenden Jahren wird die Sicherung des Wissenstransfers von Alt nach Jung sein. Dafür muss vermehrt ausgebildet werden. Nur über eine Steigerung der Ausbildungszahlen und anschließende Übernahme ist die Erhaltung der Arbeitsleistung im gesamten öffentlichen Dienst möglich.“



© Sandra Heisig

Synnöve Nüchter

Angestellte, Listenplatz 1
49 Jahre

- Verwaltungsangestellte,
- langjährige Beschäftigtenvertreterin,
- stellvertretende Landesvorsitzende des dbb berlin,
- Mitglied der dbb Bundestarifkommission.

„Ich engagiere mich für Ihre Belange, speziell im Tarif- und Arbeitsrecht. Diese Kompetenz möchte ich für Sie im HPR einbringen. Dabei ist es mir ein Anliegen, Ihre Interessen durchzusetzen.“



© Jan Brenner

Bodo Pfalzgraf

Beamte, Listenplatz 3
57 Jahre

- Hauptkommissar, seit über 40 Jahren im Polizeidienst,
- Mitglied des örtlichen Personalrats der Dir. 1, Mitglied des Gesamtpersonalrats der Berliner Polizei und Mitglied des Hauptpersonalrats,
- Landesvorsitzender der DPoIG.

„Wir sind die Hauptstadtmacher, sorgen im gesamten öffentlichen Dienst dafür, dass in Berlin überhaupt noch etwas läuft. Diese Leistung muss nicht nur fair bezahlt sein, sondern auch die Arbeitsbedingungen müssen stimmen. Dabei gilt für mich der Satz: nicht quatschen, machen!“



© DPoIG Berlin

Boris Biedermann

Angestellte, Listenplatz 2
49 Jahre

- Polizeitarifbeschäftigter in der Gefangenenbewachung,
- stellvertretender Landesvorsitzender der DPoIG Berlin,
- Bundesstreikleiter DPoIG.

„Meine Ziele sind Absicherung nach einem Dienstunfall statt Kündigung und Armut, bessere Bezahlung, Wertschätzung, bessere Aufstiegs-, Weiterbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten sowie familienfreundliche Arbeitszeit. Außerdem arbeite ich für stetig wachsende Mitgliederzahlen im dbb berlin.“



© Friedhelm Windmüller

Heike Breuning

Beamte, Listenplatz 4
56 Jahre

- Lehrerin, seit 1987 im öffentlichen Dienst in Berlin,
- Nachrückerin im örtlichen Personalrat Neukölln und im Gesamtpersonalrats der allgemeinbildenden Schulen sowie Ersatzmitglied im Hauptpersonalrat,
- stellvertretende Landesvorsitzende des dbb berlin,
- Mitglied im Landesschulbeirat.

„Wir fordern die Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer in Berlin – dem letzten Bundesland, das nicht verbeamtet. Außerdem brauchen wir faire Arbeitsbedingungen und wirksame Maßnahmen gegen jede Art von Gewalt gegen das gesamte schulische Personal.“



© Friedhelm Windmüller

Stephan Freese

Angestellte, Listenplatz 3
60 Jahre

- Assessor des Lehramtes,
- seit 2017 im öffentlichen Dienst (Lehrer für Informationstechnologien und Mathematik),
- langjähriger Handelsrichter am Landgericht Berlin.

„Mein Ziel ist es, sich im Personalrat dafür einzusetzen, dass die Berliner Kolleginnen und Kollegen eine gerechte, ihren Leistungen, auch im Vergleich zu den anderen Bundesländern, entsprechende Bezahlung bekommen. Der Abwanderungsgrund von Kolleginnen und/oder Kollegen in andere Bundesländer und/oder zu Bundesbehörden sollte nicht in der Bezahlung liegen. Berlin braucht jeden Mitarbeiter. Mit meiner langjährigen Erfahrung aus dem IT-Bereich möchte ich außerdem dazu beitragen, dass der Weg in die notwendige Digitalisierung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rechtzeitig und verträglich gestaltet wird und dabei die Bedürfnisse jedes Einzelnen berücksichtigt werden.“



© Friedhelm Windmüller

+++ Unsere Kandidat(inn)en für den HPR +++

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten der Gruppe Arbeitnehmer

Lfd Nr.	Familienname	Vorname	Dienststelle/Beschäftigungsstelle
1.	Nüchter	Synnöve	Senatsverwaltung für Inneres und Sport
2.	Biedermann	Boris	Polizeipräsident Berlin, Dir ZeSo i. A. Gef. 1/SW
3.	Freese	Stephan	Oberstufenzentrum Informations- und Medizintechnik
4.	Lüdtke	Alexander	Finanzamt Charlottenburg
5.	Loran	Bernd	JVA Tegel
6.	Grunack	Istwan	Berliner Feuerwehr
7.	Dittrich	Andreas	Polizeipräsident Berlin, Dir Beso i. A. Gef. 1 Te
8.	Wieneck	Hendrik	Herrmann-Hesse-Gymnasium
9.	Kirchner	Jürgen	Finanzamt Schöneberg
10.	Knittel	Christiane	Amtsgericht Tempelhof/Kreuzberg
11.	Wurl	René	Krankenhaus des Maßregelvollzugs Berlin, KMV
12.	Lichtenberg	Jens	Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf, Ordnungsamt
13.	Begner	Thomas	OSZ Banken, Immobilien und Versicherungen
14.	Jefferies	Manuela	Finanzamt Steglitz
15.	Oberhinninghofen	Hans	JVA Moabit, ZAST
16.	Schwarz-Weineck	Heike	Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
17.	Schulz	Bernd	Polizeipräsident Berlin, Dir ZeSo i. A.
18.	Fabienke	Gerhard	Bezirksamt Reinickendorf, 12 G 09
19.	Kusber	Martin	Finanzamt Friedrichshain-Kreuzberg
20.	Oesten	Holger	Jugendstrafanstalt Berlin
21.	Amzoll	Christiane	Senatsverwaltung für Inneres und Sport
22.	Rentoulas-Oehlschläger	Thorsten J.	Käthe-Kollwitz-Grundschule, 07 G 29
23.	Kayser	Sven	Technisches Finanzamt Berlin
24.	Ratsch	Susann	Senatsverwaltung für Finanzen
25.	Thiel	Roger	Polizeipräsident Berlin, Dir E/VASfV 1 BVh 3. Zus
26.	Lohse	Anja	Grundschule an der Peckwisch, 12 G 09
27.	Ertel	Adriana	Senatsverwaltung für Finanzen
28.	Schappler	Detlef	Polizeipräsident Berlin, Dir ZeSo ZOS 13 E
29.	Rudolph	Frank	Andreas Gymnasium, O2Y01
30.	Korinth	Thomas	Polizeipräsident Berlin, Dir ZeSo i. A. Gef. 1/Te
31.	Strauch	Alexander	Polizeipräsident Berlin, Dir ZeSo – Gef. 1/C

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten der Gruppe Beamte

Lfd Nr.	Familienname	Vorname	Dienststelle/Beschäftigungsstelle
1.	Becker	Frank	Senatsverwaltung für Inneres und Sport
2.	Herrmann	Rolf	Finanzamt Lichtenberg
3.	Pfalzgraf	Bodo	Der Polizeipräsident in Berlin, Berlin, GPR
4.	Breuning	Heike	Schulamt Berlin
5.	Behling	Ralf	Amtsanwaltschaft Berlin
6.	Stemmler	Cornelia	Senatsverwaltung für Inneres und Sport
7.	Thiess	Oliver	Finanzamt Tempelhof
8.	Schumann	Sabine	PPr Berlin, Dir. E/V St1
9.	Kasigkeit	Gabriela	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, BA-Pankow
10.	Schulz	Cornelia	Amtsgericht Schöneberg
11.	Weikamm	Mike	Berliner Feuerwehr, Direktion Nord
12.	Riedel	Martina	Finanzamt für Fahndung und Strafsachen
13.	Lüdicke	Christoph	Polizei Berlin
14.	Hirsch	Stefan	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
15.	Goiny	Thomas	Justizvollzugsanstalt Tegel
16.	Woosmann	Petra	Landesverwaltungsamt Berlin
17.	Lebrecht	Lisa	Finanzamt Treptow-Köpenick
18.	Schmidt	Matthias	Der Polizeipräsident in Berlin, Dir ZeSo (i. A.) Gef. 1/Te
19.	Althelmig	Anna Maria	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
20.	Rose	Marcel	Amtsgericht Mitte
21.	Gröger	Andreas	Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf
22.	Herrmann	Karin	Senatsverwaltung für Finanzen
23.	Hönig	Karsten	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
24.	Früsemers	Katharina	Amtsanwaltschaft Berlin
25.	Orhan	Andrea	Bezirksamt Neukölln
26.	Hellweg	Reginald	Technisches Finanzamt Berlin
27.	Zimmermann	Andreas	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
28.	Rösler	Sven	Jugendstrafanstalt Berlin
29.	Albert	Michael	Berliner Feuerwehr, BFRA
30.	Schulze	Manuela	Senatsverwaltung für Finanzen
31.	Laurig	Vanessa	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
32.	Bartetzko	David	Amtsgericht Wedding
33.	Mandal	Michaela	Bezirksamt Treptow-Köpenick
34.	Scholz	Christian	Senatsverwaltung für Finanzen
35.	Quandt	Heidrun	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, 08, 27. G.
36.	Jonas	Silke	JVA Moabit
37.	Rädel	Marco	Der Polizeipräsident in Berlin, Just 62
38.	Sviridov	Anja	Senatsverwaltung für Finanzen
39.	Crow	Norman	Amtsgericht Charlottenburg
40.	Stein	Franco	Feuerwache Marzahn
41.	Mika	Anita	Technisches Finanzamt Berlin
42.	Heinrich	Ruth	Amtsanwaltschaft Berlin
43.	Lebelt	Gabriele	Senatsverwaltung für Finanzen
44.	Feist	Andreas	Senatsverwaltung für Inneres und Sport
45.	Brinkmann	Hans-Georg	Senatsverwaltung für Inneres und Sport
46.	Dohrmann	Jürgen	Feuerwache Tempelhof
47.	Liebe	Dirk	Kurt-Schwitters-Schule



Weiß-blaues Flair mitten in Berlin

Bayerische
Gemütlichkeit
im Bierkeller

Der Bayerischen Landesvertretung in der Berliner Behrenstraße eilt in der Hauptstadt der Ruf behaglicher Gastlichkeit in besonders anziehender Atmosphäre voraus. Zu Recht, wie sich das hauptstadt magazin jetzt vor Ort selbst überzeugen durfte.

Der Freistaat hatte sich nach dem Hauptstadtbeschluss des Deutschen Bundestages im Jahre 1991 besonders schnell nach dem künftigen Sitz für seine Berliner Dependence umgesehen und in der Behrenstraße 21/22, im Herzen der neuen Mitte der Stadt, ein repräsentatives Gebäude nahe den beiden Gesetzgebungsorganen Deutscher Bundestag und Bundesrat erworben. Um die Wende zum 20. Jahrhundert als Bankhaus erstellt, war das Haus zu DDR-Zeiten zwischenzeitlich auch als Sitz der Notenbank genutzt worden.

Mit umfangreichen Umbauten ist es überzeugend gelungen, den ursprünglichen Charakter des Hauses mit den Erfordernissen einer modernen zentralen Begegnungsstätte zu verquicken und gleichzeitig eine Atmosphäre typisch bayerischer Geselligkeit zu schaffen.

Erste Landesvertretung in Berlin

Die Bayern waren denn auch die Ersten, die bereits im Dezember 1998 mit einer repräsentativen und ausgesprochen einladenden Landesvertretung in Berlin aufwarten konnten.

Seitdem wurde und wird das Haus mit seinen vielen auf höchst unterschiedliche Weise liebevoll ausgestalteten Räumlichkeiten intensiv genutzt. Eine Weinstube mit fantasievollen Wandmalereien schafft für Treffen im kleineren Kreis ein stilvolles Ambiente. Rustikaler dürfte es im holzverkleideten Bierkeller zugehen, an dessen Wänden die Wappen der 71 bayerischen Landkreise prangen. Kaum noch vorstellbar, dass der DDR der heute mit einer Lichtdecke versehene anheimelnde Raum noch als hermetisch abriegelter, mit massiven Schutzwänden umgebener Tresorraum für die staatlichen Gold- und Devisenreserven gedient hatte. Prachtstück des Hauses ist zweifellos die Halle Bayern, ein mit einem Glasdach überkuppelter früherer Innenhof. Auf keinen Fall unerwähnt bleiben sollte, dass neben weiteren sieben nach den bayerischen Regierungsbezirken benannten Sitzungssälen auch ein Raum Berlin vorhanden ist, ein Kleinod im obersten Stockwerk mit direktem Blick in den Berliner Himmel.

Veranstaltungen in der Landesvertretung wie ein alljährliches Neujahrskonzert zugunsten sozialer Einrichtungen in Berlin, der Berliner Auftakt des Münchner Oktoberfestes oder auch der Maibockanstich sind



Der elegante Raum Berlin mit Blick in den Berliner Himmel

längst zu gesellschaftlichen Ereignissen in der Hauptstadt geworden und auch das Besucherinteresse ist gewaltig. Auf mittlerweile über eine Dreiviertelmillion Gäste hat es die Bayerische Botschaft in Berlin seit ihrer Einweihung vor fast 22 Jahren gebracht.

Politischer Brückenkopf

Imagepflege und Repräsentation des Freistaats ist natürlich nur eine der Aufgaben der Landesvertretung. Für den Chef des Hauses in der Behrenstraße, Florian Herrmann, dem Leiter der Bayerischen Staatskanzlei und Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten, arbeiten hier nicht weniger als 55 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um die bayerischen Interessen auch in der Bundespolitik zu wahren. Konkret geht es dabei nicht nur um die Vorbereitungen von Sitzungen der Länderkammer, die dem Abstimmungsverhalten der Bayern im Bundesrat dienen. Für eine sinnvolle Abstimmung der Politik zwischen Bund und Ländern, die insbesondere auch die Vollzugserfahrung der Bundesländer einbezieht, ist die Beobachtung des Deutschen Bundestags und seiner Ausschüsse von mindestens ebenso großer Bedeutung. Denn Bundestag und Bundesrat entscheiden in Deutschland gemeinsam, was Gesetz werden soll. Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter der Landesvertretung sind insofern regelmäßig bei den Gremiensitzungen des Bundestages präsent und geben Beobachtungen, Tendenzen und Ergebnisse an die Staatsregierung weiter, der auch auf Grundlage dieser Informationen die Position Bayerns in den bundespolitischen Entscheidungsprozess einbringt.

Auch Strategiegespräche mit Ministern aus Bund und Ländern, Parlamentarische Abende, Sitzungen und Pressekonferenzen von Abgeordneten zielen auf die gegenseitige Abstimmung der Politik von Bund und Ländern ab und finden regelmäßig in der Landesvertretung statt – coronabedingt gegenwärtig allerdings stark eingeschränkt.

Wichtige Begegnungsstätte

Im Rahmen des bayerischen Vorsitzes der Ministerpräsidentenkonferenz bis Ende September dieses Jahres haben auch die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder sowie deren Chefinnen und Chefs der Staatskanzleien mehrfach die Bayerischen Vertretung für gemeinsame Treffen genutzt. Wenn es um bayerische Belange geht, geben sich in „normalen“ Zeiten auch Mitglieder der Bundesregierung, Parlamentarier, Diplomaten, die Hauptstadtpresse Vertreter von Verbänden, Kirchen und Unternehmen gern hier ein Stelldichein.

Die politische Position des Freistaats als Befürworter eines starken Föderalismus ist kein Geheimnis. Insofern sind Eigenverantwortung und Mitentscheidung der Länder in Deutschland und Europa entscheidende Faktoren für bayerische Einflussnahmen und das Abstimmungsverhalten in der Länderkammer.

Aber auch eigene Gesetzesinitiativen im Bundesrat gehen vom Freistaat aus – in letzter Zeit für einen besseren Schutz kritischer Infrastruktur, etwa der Netzwerke in Krankenhäusern oder zur Vermeidung unnötiger Plastikabfälle. Auch für härtere Sanktionen bei antisemitischen Handlungen hat sich die Bayerische Staatsregierung im Bundesrat starkgemacht.



Staatsminister Florian Herrmann ist Chef der Bayerischen Landesvertretung.



Fantasievolle Malereien schmücken die Weinstube.

Hasskriminalität

Berliner Polizei stärkt potenziellen Opfern den Rücken

Mit der Toleranz der Bevölkerung gegenüber Lesben, Schwule, Bisexuelle sowie trans- und intergeschlechtlichen Menschen oder kurz LSBTI ist es keineswegs so weit her, wie es die mittlerweile diskriminierungsfreie Gesetzgebung vermuten lassen könnte. Im Gegenteil, von 2018 bis 2019 stieg die Zahl der wegen ihrer sexuellen Orientierung verübten Straftaten gegen diesen Personenkreis in Berlin von 230 auf 345. Von einer weit höheren Dunkelziffer ist auszugehen.

Niemand weiß das besser als Anne von Knoblauch und Sebastian Stipp, die mit großem Engagement Aufklärungsarbeit über diese Problematik sowohl in der LSBTI-Szene als auch bei der Polizei selbst betreiben.

Bei den von Hasskriminalität Bedrohten geht es vor allem darum, Vertrauen zur Polizei aufzubauen, Gewalttaten – verbal oder körperlich – zur Anzeige zu bringen und mit den polizeilichen Ermittlern als Opfer oder auch Zeuge zusammenzuarbeiten. „Das ist keine Selbstverständlichkeit“, erläutert Anne von Knoblauch in einem Gespräch mit dem hauptstadt magazin, „denn die Polizei wurde nicht zuletzt wegen des bis 1994 geltenden sog. Schwulenparagrafen 175 StGB, der homosexuelle Handlungen unter Strafe stellte, in diesen Kreisen als ständige Bedrohung empfunden.“

Die Folge: Kriminelle hatten besonders leichtes Spiel bei Raub-, Diebstahls-, Erpressungs- und sonstigen Delikten bei den selbst unter Strafandrohung stehenden Homosexuellen. Denn schon aus Selbstschutz erstatteten die Opfer keine Anzeigen.

In Berlin hat die Polizei diesen Teufelskreis immerhin schon 1992 mit einem eigenen Ansprechpartner für Homosexuelle und Lesben zu durchbrechen versucht und seit 2006 sind die Ansprechpersonen für LSBTI beim Landeskriminalamt Prävention 1 fest installiert.

Aber auch mit geänderter Gesetzgebung haben Anne von Knoblauch und Sebastian Stipp gegen Ressentiments ihrer Klientel anzukämpfen. Angst vor gesellschaftlicher Ächtung lässt viele Betroffene ihre sexuellen Neigungen oder Identitäten – auch im Fall von kriminellen Übergriffen

– versteckt halten. Anderen fällt es nach jahrzehntelanger Verfolgung homosexueller Handlungen schwer, ihr Misstrauen gegenüber der Polizei abzulegen.

Aufklärung hat Priorität

Das zweiköpfige Präventionsteam steuert vor allem mit Aufklärung dagegen, und zwar dort, wo die Zielgruppe am besten zu erreichen ist, etwa in einschlägigen Kneipen, bei Partys oder in Sexshops. Auch auf Rundgängen in bekannten Schwulenvierteln und -treffpunkten wie Plätzen und Parkanlagen hinterlassen sie ihre Kontaktdaten und ermutigen die Opfer von sexuell begründeter Hasskriminalität mit Infoblättern, Anzeige zu erstatten. Über die dazu notwendigen Schritte und die Möglichkeit des Opferschutzes, wenn Betroffene ihre Neigung weitestgehend im Verborgenen belassen wollen, wird gleich mit informiert.

Enge Zusammenarbeit pflegen die beiden Ansprechpersonen der Berliner Polizei für LSBTI mit Lesben- und Schwulenverbänden, bei Veranstaltungen wie dem Motzstraßenfest sind sie selbstverständlich mit einem Infostand präsent und im Mai vergangenen Jahres ist es ihnen sogar mit dem hochkarätig besetzten Benefizkonzert „#gemeinsambunt“ in der Neuköllner Oper gelungen, drei LSBTI-Projekte in Berliner Bezirken zu unterstützen.

Aufklärungsarbeit wird aber auch bei der Berliner Polizei betrieben. Unter anderem erhalten alle Nachwuchskräfte in ihrem dritten Ausbildungsjahr eine eintägige Schulung in Sachen LSBTI-Kriminalität.

Vor allem aber sind sämtliche Dienststellen angehalten, bei der Auswertung von Straftaten die Motivation zu hinterfragen und Fälle, denen Hass aufgrund der sexuellen Orientierung beziehungsweise geschlechtlichen Identität des Opfers zugrunde liegt, den LSBTI-Ansprechpersonen zu melden, damit diese ein möglichst genaues Bild über Ausmaß und Schwere dieser besonderen Kriminalität gewinnen und entsprechend gesteuern können.



Anne von Knoblauch (rechts) und Sebastian Stipp sind die Ansprechpersonen der Berliner Polizei für LSBTI.



Das hauptstadt magazin wünscht dabei großen Erfolg.

Dunst über Großstädten	hochbetagt	Sammelbuch	UNSERE GEWINNER Ihre Handys kabellos aufladen können künftig: Martina Steinke, 12353 Berlin Michelle Döring, 13587 Berlin Axel Ehrhardt, 15370 Fredersdorf Alle drei haben das richtige Lösungswort unseres Oktoberrätsels „Riesling“ rechtzeitig eingesandt. Außerdem stand Glücksgöttin Fortuna bei der Verlosung von drei von der BBBank gesponsorten Wireless Chargers unter den richtigen Einsendungen Pate.										Körperflüssigkeit	Zauberwesen; Zauberwurzel	Begriff beim Kartenspiel					
Verbandstoff aus Baumwolle																			3	Gepflogenheit, Brauch
zunächst einmal		türkische Hafestadt																		
Besitzer	römischer Grenzwall			5			siebenstimmiges Musikstück	Steigen und Fallen des Wassers		ein Vorname Mozarts	bekümmert sein (sich ...)	das Aufziehen von Tieren								
					kalte ital. Würzpaste					Staat in Westafrika									2	redlich; angesehen
schmaler Spalt; Schramme	Hülsenfrucht				weibl. griech. Sagen-gestalt	Richtungsbestimmer						eingedickter Frucht-saft								
Herkunftsland, -ort							offener Güterwagen			Ausruf der Verwunderung				1	Papstname					wertloses Zeug
						Klage-lied						von besonderem Reiz								
kleines Schub-, Zugfahrzeug	4	kaufmännisch: heute					6	Hühnerprodukt		Klein-krafrad (Kurz-wort)							chem. Zeichen für Barium			
Rauchfang, Schornstein						leichter Pferdezaum						Spechtvogel, Pfefferfresser								
Bücherbord						speziell zu diesem Zweck							7	englischer Adelstitel						8



Gut zuprosten ...

... können sich die Gewinner unseres November-Preisrätsels mit je **zwei von der Bayerischen Landesvertretung gesponsorten Bierkrügen**. Gleich drei Mal verlosen wir unter den richtigen Einsendungen einen eleganten Glas- und einen zünftigen Steinkrug – beide verziert mit bayerischen Emblemen.

Schicken Sie die richtige Lösung bis spätestens 15. November 2020 an:

dbb berlin
post@dbb.berlin
Fax: 030.327952-20

Die Gewinner werden unter den Einsendern der richtigen Lösung ausgelost.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

PREISRÄTSEL



Letzte Meldung

TdL droht mit Rauswurf

Das Land Berlin zahlt ab November, von (Personal-) Not getrieben, eine sogenannte Hauptstadtzulage. Diese Not muss groß gewesen sein, schließlich wusste das Land, dessen Finanzsenator Kollatz bisher auch stellvertretender Vorsitzender der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) war, dass diese TdL ein solch eigenmächtiges Vorgehen gerne mit dem Ausschluss aus ihren Reihen bestraft. Schließlich wurde Berlin in den 90er-Jahren schon einmal aus der TdL geworfen.

Ursachen bekämpfen, nicht das Symptom!

„Jetzt wiederholt sich das, weil die TdL die Zeichen der Zeit nicht erkannt hat“, kommentiert dbb Tarifchef Volker Geyer die Situation. In der Pressemeldung der TdL vom 26. Oktober 2020 heißt es, dass das Land fünf Jahre Zeit bekommen solle, um die „Abweichung rückgängig zu machen“. „Dabei sollte die TdL lieber überlegen, wie es zu dieser Abweichung gekommen ist, ob sie nicht Ausdruck struktureller Probleme ist“, führt Geyer weiter aus. „Stellen bei der Polizei, den Schulen, bei der IT oder den Krankenhäusern bleiben unbesetzt. Und das nicht nur in Berlin. Hier reicht es nicht, einen Verstoß zu

ahnden und mit der ‚gelb-roten Karte‘ zu drohen, wie es TdL-Chef Reinhold Hilbers macht, vielmehr muss Ursachenforschung betrieben werden.“ Konkret fordert Geyer die TdL dazu auf, den für die Länder gültigen TV-L „gemeinsam mit uns weiterzuentwickeln und konkret Verbesserungen bei den Entgelten und den Eingruppierungsregelungen zu verhandeln. Wir stehen als Tarifpartner bereit, um mit der TdL in entsprechende Verhandlungen einzutreten.“

Becker: Berliner Vorgehen als Weckruf verstehen

Für Frank Becker, Landesvorsitzender des dbb berlin, ist klar, dass „ein neuerlicher Ausschluss des Landes aus der TdL unbedingt zu vermeiden ist. Aber hier ist eben nicht nur das Land gefragt, sondern auch die TdL. Die Probleme des Landes Berlin haben die meisten anderen Länder in ähnlicher Form doch auch. Sich hier jetzt aufs Abstrafen zu beschränken, verdeckt die Probleme und löst sie in keiner Weise. Die Solidarität der Länder darf sich nicht darauf beschränken, ein Land abzustrafen. Die TdL sollte das Berliner Handeln als Weckruf verstehen.“